

tragsforschung für ein Lager vereinnahmen. Aber wer solch ein Buch in einem Wahljahr vorstellt, will sich einmischen. Man setzt einen – notwendigen – Kontrapunkt zu den Vorschlägen der sächsisch-bayerischen Kommission, insbesondere wo man sich mit deren Hauptthema auseinandersetzt. Man stellt aber auch, mit der Aufforderung zu einer gestaltenden Sozial- und Familienpolitik ebenso wie mit seinem Bekenntnis zu einer aktiven Ökologiepolitik, ein Stoppschild auf – gegen die rückwärtsgewandte Fahrt in die 70er Jahre: „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ ist kein hinreichendes Konzept für die Zukunft. Mag sein, daß Wahlkampfzeiten sich mit einer genauen intellektuellen Debatte nicht vertragen. Aber nach dem Ende des Wahlkampfes, wenn es hoffentlich um einen Politikwechsel geht, um die Konkretisierung einer wirklich neuen ökologisch-sozialen Politik, dann könnte durchaus angesagt sein, den Bericht aus der Wiedervorlage zu nehmen.

Wolf-Dieter Narr

Wenn Sozialwissenschaft ihr Erstgeburtsrecht verkauft

Solange Politik stattfindet, werden in ihr und durch sie soziale Verhältnisse gestaltet und wird dafür über dingliche Konstellationen und Konstruktionen entschieden – auf eine Vielzahl von also politisch organisierten Menschen hin, die an dieser Gestaltung oder Machtausübung beteiligt sein sollten (Minimalbedingung von Demokratie). In diesem Sinne ist politisches Handeln immer zukunftsgerichtetes Handeln. Vorausgesetzt, daß überhaupt Handlungschancen bestehen („Kontingenz“), sich Politik ereignen kann, verbraucht politisches Handeln Möglichkeiten („Ressourcen“). Bestimmte Möglichkeiten werden aktualisiert und als zukünftige Chancen wahrgenommen. Andere werden dadurch hintangestellt oder ausgeschlossen. Politik als kollektiver Versuch von Menschen, ihre Gegenwart und Zukunft in dem jeweils möglichen Maß selbst zu gestalten (zu „machen“ und in diesem Sinne „Macht“ auszuüben) – darüber vor allem auch, was möglich ist, wird gestritten –, enthält insofern immer erneut ein riskantes prometheisches Versprechen. Voraus zu denken und rechtzeitig handeln, statt epimetheusgleich immer zu spät zu kommen.

Etwas ganz anderes ist es zu meinen, die Zukunft geradezu perfekt planen, also vorwegnehmen und risikolos machen zu können. Viele von uns Älteren sind einer solchen gefährlichen Illusion, wenngleich demokratisch gefärbt, zeitweise erlegen. Ich rede von der Phase der Planungseuphorie. Sie wurde westwärts von der Kennedy-Administration eröffnet, symbolisiert und in Maßen praktiziert durch Robert McNamara und sein seinerzeit berühmtes PPBS (Planning Programming Budgeting System). Ihr wurde Wort gegeben von Amitai Etzioni, der später ins kommunitaristische Fach gewechselt ist. Er verkündete die „Active Society“. Ja, er versprach eine „Keynesianische Theorie (und Praxis) der Gesellschaftsplanung“. Die Anfänge der sozialliberalen Koalition, 1969 – wer erinnert sich noch,

da angeblich neue Wenden anstehen – waren, sozialwissenschaftlich kräftig geschmiert, voll politischer Planungsversprechen und Vorkehrungen bis hin zu den sog. Gemeinschaftsaufgaben. Der nicht gerade „links“ verdächtige Helmut Schelsky hatte schon zuvor behauptet, heute würde wissenschaftlich alles gewußt und könne deshalb ein wissenschaftlich fundierter Staat Politik im herkömmlichen Sinne abschaffen. „Sachzwang“ lautete das Schlüsselwort. Freilich, die Euphorie, von der alle möglichen Planungsteams quickbornisch großen Nutzen zogen, rieb sich in der Praxis rasch wund und auf. Sie wurde frustriert. An ihre Stelle trat die Erkenntnis all der Schwierigkeiten, die auftreten, wenn der Plangedanke Erdschwere annehmen soll. „Verflechtungsverhältnisse“ lautete das neue Sperrwort. Es genüge nicht Pläne zu haben, man müsse für deren „Implementation“ sorgen (seit Mitte der 70er Jahre, von Aaron Wildausky und Pressman vorgesagt, ist dieselbe in den deutschen Sprachschatz aufgenommen worden.) Von der Implementation ging es weiter planabwärts zur „Evaluation“ und zur Einsicht, daß die nicht vorausgesehenen Effekte politischen Planens die intendierten und tatsächlich erreichten bei weitem überwucherten. Die Neoliberalen und Deregulierer haben es dann mit der Umkehrung der Entwicklung soweit getrieben, daß man sich heute nach aktiv planender Politik geradezu wieder zurück-, besser vorwärtsseht.

Auf die „Zukünfte“ nur zu starren, ohne sich zu bewegen, ohne sie mitbestimmen oder doch wenigstens beeinflussen zu wollen, geht politisch nicht an. Es sei denn, man wolle auf die geradezu urmenschlichen Möglichkeiten verzichten, das eigene, von menschlichem Handeln mitbedingte „Schicksal“ mitzugestalten. Auch nicht-planendes Verhalten beeinflusst das Heute und Morgen, zumal in einer innovationstollen Gesellschaft, in der „Innovation“ zum nicht mehr wirksam kritisierbaren Schlüsselwort geworden ist. Aus diesem Grund hat Hans Jonas vor über einem Jahrzehnt das „Prinzip Verantwortung“ angemahnt. Technische Innovationen heute, beispielsweise im Rahmen der Biotechnologie und der Humangenetik, legten die Geleise, auf denen zukünftige Generationen zu fahren hätten, in einem Maße fest, daß hier und heute dafür gesorgt werden müsse, die absehbaren Effekte nicht gesellschaftszerstörerisch und menschenrechtswidrig ankommen zu lassen. Das belastende Paradoxon besteht allerdings darin, daß die heutige Verantwortung für die Zukünfte ebenso zunimmt, wie sie schwieriger denn je eingelöst werden kann.

Wenn man zukunftsgerichtete Politik (genau betrachtet eine Tautologie) für unabdingbar hält, dann muß an erster Stelle nüchtern festgestellt werden, daß die dynamischen Faktoren, die eine solche Politik in besonderem Maße erforderlich mach(t)en, strikt dagegen stehen. Nämlich der globale, wettbewerbstrunkene, wachstumsfixierte Kapitalismus und die ihm voraus- und nachgesetzten, die allein in ihm wirksamen und verstehbaren Innovationen. Gewiß, Innovationen werden nach allen Regeln der Kunst öffentlich und privat geplant. Laissez innover. Gewiß, jedes kleine Unternehmen, von mittleren und größeren, den *global players* ganz zu schweigen, diskutiert und eruiert in seinem Management andauernd das, was man Unternehmensstrategie nennt: das Investitionsverhalten, die innere Organisation des Unternehmens, die Ausrichtung der Forschung, die Kooperation mit anderen Unternehmen, den Börsengang, die Art der betriebsinter-

nen Umsetzung des *shareholder value*, den *friendly or unfriendly takeover* usw., usf. Darum ist auch das Beratungsgewerbe so ins Kraut geschossen. In diesem Sinne agieren Unternehmen bei weitem „rationaler“ als die Konglomeratkonzerne des Wissens, genannt Universitäten; auch als die politischen Institutionen und deren Repräsentanten, wahlfixiert und bürokratiedefiniert wie sie sind. Und doch sind diese mächtigen sozioökonomischen Akteure in doppelter Weise geradezu radikal beschränkt und zukunftsblind. Ob sie nun wollen oder nicht – das ist keine voluntaristisch zu treffende Entscheidung –, gehorchen sie dem in ihnen verankerten, ihnen funktional vorgegebenen Interesse nach Profitmacht. Sie besitzen, Spielräume des Entscheidens. Sonst wären Managementirrtümer ausgeschlossen. Diese Spielräume betreffen aber die Ungewißheit angemessener Unternehmensentscheidungen im oben angedeuteten Sinne. Sie gelten nicht dem klar und eindeutig vorgegebenen Interesse. Dessen „Rationalität“ ist deswegen so durchschlagend, weil sie auf letztlich monetärer Berechenbarkeit fußt und in diesem Sinne mit strikten Scheuklappen versehen ist. Daß die Manager nicht ausscheren können, dafür sorgt heute mehr denn je die globale und im Sinne des vorgegebenen Interesses unbarmherzige Konkurrenz.

Der Konkurrenzmechanismus selbst kann allerdings mit einer Reihe zusätzlicher Sicherungen versehen werden. Das ist es, was gegenwärtig wieder rund um die sog. asiatische Krise beobachtet und gelernt werden kann. Die teils eng zusammenhängende, teils eher wechselseitig indifferente Dynamik der branchen- und finanzspezifischen Märkte ist indes von keiner höheren Warte aus zu steuern und zu verantworten.

Wer also darauf ausgeht, zukunftsverantwortliche *Politik* vorbereiten, möglich zu machen und betreiben zu wollen, der muß in jedem Fall *auch* darüber nachdenken, wie Politik und Ökonomie jeweils für sich und wie Politik und Ökonomie als faktisch und normativ eng verschlungene soziale Phänomene zusammen neu institutionalisiert und mit neuen verantwortungsfähigen Verfahren versehen werden. Hierbei könnte es nützen, daß neuerdings in den Sozialwissenschaften, ja sogar in der Naturwissenschaft unter den Sozialwissenschaften: in der Ökonomie, die Bedeutung der Institutionen (wieder) entdeckt worden ist. Sehe ich recht, kam diese Debatte freilich noch nicht zu den entscheidenden Grundsatzen: Wie staatliche und überstaatliche Politik heute problembewußt zu institutionalisieren sei; wie die politische mit der ökonomischen Verfassung zu verbinden sei; welche Freiheits- und Abstimmungsgrade gegeben sein müßten; wie überhaupt angesichts wachsender Größenordnungen der „Terrorismus“ makropolitisch und makroökonomischer Vorgänge ebenso vermieden werden könne wie der korrespondierende Terrorismus ethnozentristischer Fixierungen?

Die schwierige Kunst des Ausgleichs

Zukunftsgerichtete Politikkonzepte werden neuerdings wieder in vielen Gremien diskutiert und propagiert, in der Bundesrepublik und anderswo. Freilich, betrachtet man viele dieser Ausarbeitungen, spekuliert man gar damit, dieselben könnten Konsequenzen zeitigen, dann erkennt man bald, daß es sich beim mei-

sten Zukunftsraisonement um symbolischen Aufwand handelt, dazu angetan, sich selbst und andere damit zu beruhigen, daß man ernst und umfassend nachgedacht habe. Am auffälligsten sind allemal die institutionellen Defizite, genauer, der Mangel über gegebene und nötige neue Formen auch nur nachzudenken. Hier wären, jeweils sehr genau, die spezifischen Herrschafts(interessen)fragen zu stellen. Und davor scheuen die meisten Gremien zurück, kooptiert wie sie allemal funktionieren.

Von Politiker-Büchern abgesehen, waren in jüngster Zeit drei gewichtige Zukunftsäußerungen zu registrieren: Die zweibändige „Delphi“-Befragung von Wissenschaftlern zur Zukunftsinformation der Bundesregierung im Auftrage des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie.¹ Oh großes, wengleich immer ambivalentes Orakel von Delphi, was ist aus dir über 2000 Jahre später geworden?! Dann der Bericht der „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ mit dem Titel: „Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen“ vom November 1997.² Schließlich „Drei Ziele – ein Weg“, die Veröffentlichung der „Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung“.³ Diesen Bericht werde ich im folgenden genauer unter die Lupe nehmen (und nur hier oder dort das doppelt freistaatliche Papier mitheranziehen). Etliche derjenigen, die daran mitgewirkt haben, stehen mir sachlich und persönlich nahe. Von manchen habe ich viel gelernt.

Also sympathetisch eingestimmt ist mein erster oberflächlicher Leseindruck. Zu allererst finde ich es richtig, daß die Autorinnen und Autoren sich nicht scheuen, drei miteinander in erheblicher Spannung befindliche Ziele zu verfolgen. Ziel 1: den heute erkennbaren wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen. Dies soll jedoch mit Ziel 2 verbunden werden, die Gesellschaft nicht in Blöcke von Reichen und von Armen, von Arbeitsvollen und Arbeitslosen, von gesellschaftlich Relevanten und Mitbestimmenden und solchen, für die diese Merkmale nicht gelten, auseinandertreiben zu lassen. Schließlich Ziel 3, die sogenannte ökologische Nachhaltigkeit nämlich, sogenannt nicht nur, weil der Terminus „sustainable development“ aus dem Brundtland-Report (1987) stammt, sondern auch weil der Ausdruck einem öffentlichen Gebrauch erfahren hat, der keine Parteien mehr kennt. Heute Ziele zu formulieren, die ohne Ambivalenz, konsistent und in all ihren wichtigen Aspekten und Effekten in Harmonie miteinander übereinstimmen, hieße die Forderungen des Tages und der Zukunft zu versäumen. Die Ziele des Kommissionsberichts verhalten sich aber spannungsreich, wenn nicht widersprüchlich zueinander. Programmatisch und politisch kommt es deshalb darauf an, die jeweils schwierige Kunst des begründungspflichtigen Ausgleichs zu betreiben.

So wie mir die Triade der Ziele prinzipiell zusagt, so ein Gutteil der differenzierten Einschätzung dessen, was die Kommission unter Globalisierung versteht.

1 BMBF, Delphi '98. Umfrage. Studie zur globalen Entwicklung von Wissenschaft und Technik, Bonn 1998.

2 Vgl. Dokumentation und Diskussion in: „Blätter“, 2/1998 und 3/1998.

3 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit. Drei Ziele - ein Weg, Bonn 1998; vgl. die Kurzfassung in: „Blätter“, 5/1998, S.621-628.

Schließlich finde ich auch alle vier Reformprojekte⁴, die die Autorinnen und Autoren im Dritten Teil ausführlich skizzieren und begründen, bedenkenswert. Der Vorschlag eines allgemeinen „Bürgergeldes“ etwa könnte, noch genauer durchdacht und bis ins Detail bürokratischer Umsetzung durchkonjugiert, tatsächlich aus den nicht mehr haltbaren überkommenen Strukturen des deutschen Sozialstaats herausführen. Diese Strukturen müßten in jedem Fall reformiert werden.

Wer beschäftigt sich mit den Akteuren?

Und trotzdem enttäuscht mich der von 14 kompetenten Professorinnen und Professoren produzierte Wegweiser in die Zukunft. Ja, er irritiert und beunruhigt mich. Da dies m. E. keine nur subjektiven Befindlichkeiten sind, werde ich meine Kritik in Richtung einiger weniger, indes zentraler Mängel zuspitzen.

a) *Zu den Zielen.* Beim genaueren Hinsehen fällt rasch auf, wie wenig die Ziele profiliert und diskutiert werden. Daß von Demokratie, Menschenrechten und Personen nicht die Rede ist, mag angehen. Jede Kommission muß sich begrenzen. Indes, die Qualifizierung der Ziele wäre ebenso angebracht gewesen wie eine ausführlichere Erörterung der Zielkonflikte und der Art, wie mit denselben umgegangen werden sollte. „Drei Ziele – ein Weg.“ Wie geht das zusammen? Auch wenn man die Sprachlogik nicht übermäßig ernst nimmt, wie nämlich drei Ziele, es sei denn sie seien nahezu identisch, auf einem Weg zu erreichen sein sollen, auch dann, gerade dann stellt sich eine doppelte Frage: Wie müßten die Ziele im einzelnen konzipiert und umgesetzt werden, damit sie sich mit den jeweiligen Nachbarzielen vereinbaren lassen; und wie muß der Weg beschaffen sein, damit die jeweiligen Zielkonflikte austariert werden können?

Schaut man noch genauer hin, dann wird eine Hierarchie der Ziele erkenntlich. Nicht der Titelanordnung halber. Wohl aber, wenn man die Ziele, aufs Detail erpicht, auspackt. Das haben die Verfasser gerade nicht getan. Das Ziel „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ bezeichnet inmitten der globalen Konkurrenz das Ziel, das am meisten von anderen Faktoren weltweiter Art abhängig ist. Es ist das am meisten definitionsmächtige und das in seinen sich verändernden Ansprüchen dynamischste. Da die Kommission nicht näher darauf eingeht, wie mit den unterschiedlichen Definitionsmächten und Durchdringungsgraden umgegangen werden soll, muß man, ob solches nun intendiert war – was ich nicht vermute – oder nicht, eine Art List unterstellen: Die List, daß die Adressaten des Berichts das Gleichgewicht der Ziele wohlgefällig aufnehmen und gar nicht bemerken, daß es im Konfliktfalle vor allem ein dominierendes Ziel geben wird. Eine solche Befürchtung wird dadurch verstärkt, daß es die Autorinnen und Autoren versäumen, ihre vier Projekte, die schwerpunktmäßig getrennt den drei Zielen zugeordnet sind – und durchaus nicht auf einem Weg verfolgt werden können –, am Ende zusammen zu sehen und zusammen zu diskutieren. Dem eigenen An-

4 (1) Verbesserte Innovationsfähigkeit und Stärkung der Humanressourcen, (2) Verbesserte Beschäftigungsmöglichkeiten für Niedrigqualifizierte, (3) Wandel der Familie und Beschäftigungskrise als Herausforderungen an eine Politik sozialer Integration, (4) Umweltverträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise.

spruch widersprechend handelt es sich um vier Projekte, die auf vier Wegen umgesetzt werden sollen. In dieser Hinsicht ist die bayerisch-sächsische Kommission zu loben: Sie sagt klar und deutlich, daß sie zwei konflikt- und kostenreiche Ziele verfolgt. Das eine, das ihr vor allem „am Herzen“ liegt: die „unternehmerische Wissensgesellschaft“ zu bauen und für sie zu mobilisieren. Und das andere, das die unvermeidlich Zu-kurz-kommenden beschäftigen und ein Stückweit zu-friedenstellen soll. Da wissen die lesenden Bürger wenigstens, woran sie sind, wenn sie nichts „unternehmen“ wollen.

b) *Analytische Defizite*. Um der Rhetorik willen, wollte ich zuerst von „dem“ analytischen Defizit sprechen. Das wäre aber falsch. Der Kommissionsbericht enthält lange Partien, in denen vor allem der Globalisierungsbegriff allgemein und bezogen auf die Bundesrepublik speziell differenziert und datenreich erläutert wird. Ähnliches gilt für die ökologischen Probleme. Die analytischen Teile, die den Sozialstaat, die Familie und den „sozialen Zusammenhang“ insgesamt betreffen, bleiben dagegen merkwürdig blaß trotz der gerade hier kompetenten Zusammensetzung der Kommission.

Drei Lücken sind es vor allem, die auffallen: *Zum ersten* bleibt die Globalisierungsanalyse, auch dort, wo sie den „deutschen Standort“ angeht, sehr allgemein und also sehr abgehoben. Sie ist voll der Selbstverständlichkeiten. Vor allem die spezifischen Probleme regionaler Art, die neu-alten Formen der Ungleichheit, die noch lange anhaltenden Sonderprobleme in den fünf neuen Bundesländern – all diese und andere Effekte des globalen Kapitalismus und die erklecklichen Schwierigkeiten, ihnen entgegen zu organisieren, werden ausgespart oder bleiben im allgemeinen Grau in Grau. An nicht wenigen Stellen werden Widersprüche unterbelichtet oder eigene nicht bemerkt. Nur ein signifikantes Beispiel a propos „Drei Ziele – ein Weg“. Auf Seite 111 wird die Wirtschaftspolitik der USA der bundesdeutschen im Verlaufe der 80er Jahre gegenübergestellt. Da heißt es dann über Reagans Amerika ohne weitere Erläuterung, man höre, staune und bedenke: „Zu einem höheren Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen [welcher Art bitte? d. Aut.] trug in den USA aber auch eine Wirtschafts- und Finanzpolitik bei, die alle vorhandenen Expansionsmöglichkeiten ausschöpfte. [In Sachen Sozialpolitik lese man das Buch von Clintons ersten Labour-Minister Robert Reich: *Locked in the Cabinet*, 1997.] In den 80er Jahren setzten Steuersenkungen und erhöhte Staatsausgaben [u.a. für den Krieg der Sterne, d. Aut.] expansive Impulse. In den 90er Jahren...“

Wie, *zweitens*, die vier Reformprojekte unverbunden, als bezeichneten sie einen Weg, hintereinandergeschaltet worden sind, so hat man dies auch mit den analytischen Versatzbrocken getan. Zwar gehört es in der Zwischenzeit zum guten Ton von „ökologischer Nachhaltigkeit“ zu reden. Niemand, der mehr ohne die nachhaltige Nachhaltigkeit rhetorisch, wissenschaftlich und politisch nachhaltig auskäme. Und doch sollte es zur wissenschaftlich-analytischen Redlichkeit und, *nota bene*, auch zum Ziel – den natürlichen Raubbau einzudämmen – gehören, daß man dem Trick des Ausdrucks *sustainability* nicht erliegt. Nämlich von Kapitalismus gerade in der Phase seiner globalen Ex- und Intensivierung zu schweigen, wenn es darum zu tun ist, Ressourcenvernutzung mit

zukünftig möglicherweise katastrophalem Ausgang zu vermeiden. Außerdem wäre es gleichfalls angezeigt, den ökologischen Raubbau nicht unabhängig vom sozialen Raubbau zu thematisieren. Als käme es nicht vor allem anderen auf eine veränderte Gesellschaft an. Als könne selbst Wachstum, ökologisch steuerlich trickreich, sustainable sein, so bleiben wie es ist – oder steigen. „Faktor 4“ oder neuerdings sogar „Faktor 10“ macht's möglich. Als bedürfe es darüber hinaus lediglich individueller Verhaltensveränderungen, die offenbar ohne veränderte Institutionen zu haben sind.

Hiermit kommen wir, *drittens*, zu jener Lücke, die für die Zukunftshaltigkeit des Berichts geradezu desaströs ist: versäumt zu haben, sich mit den politischen Institutionen zu befassen (wenn solches schon im Bereich der Ökonomie, weltweit üblich, nicht geschieht). Zunächst halten sich die Autorinnen und Autoren ausdrücklicherweise nur an den bundesdeutschen Staat. Das hat den Vorzug vergleichsweise spezifisch zu sein. Freilich, die politischen Probleme auf der globalen und vor allem der europäisch-unionistischen Ebene hätten schon wenigstens in einigen Abschnitten angerissen werden müssen. Sonst sorgt die Entscheidung, sich auf die nationalstaatlich-deutsche Ebene zu konzentrieren, von vornherein dafür, daß viele der Ziele und nicht wenige Aspekte der Reformprojekte in der Luft wedeln.

Doch wie konnten die Kolleginnen und Kollegen just im Hauptberuf der meisten so sparsam, so analyse- und konzeptionsfaul sein? Das 4. Kapitel im Ersten Teil ist das kürzeste des ganzen immerhin im Text 393 Seiten zählenden Buches. Es umfaßt dreieinhalb Seiten und ist überschrieben: „Akteure und Handlungsebenen“. Die zentrale Passage dieses Kapitelchens lautet:

„Wenn die Krise der demokratischen Politik angesichts von Globalisierung und Standortpolitik überwunden werden soll [so ich es nicht übersehen haben sollte, handelt es sich um das erste und einzige Mal, daß von dieser Krise, ohne weitere Erläuterungen, die Rede ist, d. Aut.] so müssen die Lösungen primär auf nationaler Ebene gefunden werden. Hier gilt es die richtigen Akteure und Politikfelder zu identifizieren. Bei den Akteuren gilt es zu beachten, daß es ein Charakteristikum der neuen Herausforderungen des ‚Modells Deutschland‘ ist, daß sie die Handlungsfähigkeit verschiedener Akteure vermindern. Gegenüber der Vergangenheit haben wir es heute mit Makroakteuren zu tun, die ihre Kohäsion verlieren und in sich netzwerkartiger, heterogener und dezentraler werden. Die Kommission richtet daher ihre Empfehlungen an die noch vorhandenen Kerne kollektiver Handlungsfähigkeit bei den Gewerkschaften, Arbeitgebern, Parteien, Kirchen, Wissenschaft, Bund und Ländern. Die Kommission tritt damit der These entgegen, daß die in der Globalisierungsdebatte behauptete Ohnmächtigkeit die realen Verhältnisse zutreffend wiedergibt. Statt dessen konzentriert sich die Kommission auf Vorschläge, die von dem aufgezeugten Akteursystem umgesetzt werden können. Wenn die politischen Akteure nicht mehr in der Lage sind die Umfeldbedingungen zu beeinflussen, dann bedeutet das nicht das Ende, sondern den Anfang von Handlungsstrategien, die auch unter diesen neuen Bedingungen die Werte des ‚Modells Deutschland‘ in ein weiterentwickeltes System integrieren“ (S.114).

Das ist geradezu ekstatischer Konventionalismus, der außerdem im letzten Satz das Kunststück fertig bringt, einen salto mortale als Welle vorwärts anzusehen. Nichts an diesem Zukunftsbericht garantiert dessen selbstverschuldete Zukunftslosigkeit so sehr wie die einzige Radikalität desselben, nämlich der radikale Verzicht, sich um die nötigen Institutionen und Verfahren zu kümmern, die wenigstens die vorgeschlagenen Projekte nicht von vornherein wie gepflückte wunderschöne Anemonen lummeln ließen. Alle, aber auch alle institutionellen

Probleme bleiben unsichtbar. Als wolle die Kommission eine Art Rumpelstilzchenrick der Zukunftsbewältigung nahelegen. Ach wie gut, daß niemand weiß, welcher Berg institutioneller Probleme, also wird niemandem heiß.

c) *Seltsame Prämissen.* Vom „Modell Deutschland“ ist von Anfang bis Ende die Rede. Die Art, wie davon gesprochen wird, erinnerte mich an die von uns schon als Schüler lächerlich empfundene Art, wie Konrad Adenauer von „NATO“ ohne Artikel gesprochen hat. Das war ein „Subjekt“, das bekanntlich die bundesdeutsche Politik der 50er Jahre nicht nur außenpolitisch beherrschte. Das „Modell Deutschland“ ist das Subjekt der Kommission. Obwohl dasselbe erst von Helmut Schmidt, und zwar anlässlich einer italienischen Reise des seinerzeitigen Bundeskanzlers, in den Adelsstand eines eigenen Begriffes erhoben worden ist, wird dieses Modell, den Autorinnen und Autoren gemäß, zur Bundesrepublik, ihrem Wesen und ihrem stabildemokratischwohlfahrtsstaatlichen Adel schlechthin. Dieses „Modell“, das gar kein Modell (gewesen) ist, sondern als Bundesrepublik real existierte, also eher ein Muster genannt werden müßte, dieses „Modell Deutschland“, herausgebildet in den 50er Jahren im kältesten Kalten Krieg, mit vom Wörtchen „Wieder“ beflügelten Bundesdeutschen, hat es der Kommission angetan. Kein Wort der Kritik. Keines der Analyse oder auch nur der genaueren Beschreibung. Wie es zu diesem deutschen Muster als Musterdeutschland gekommen ist, wie dasselbe funktionierte, ob es für alle Bundesdeutschen und diejenigen, die in der Bundesrepublik wohnten, ohne Fehl und Tadel gewesen ist, ob keine Kosten zu vermelden sind, keine „Strukturdefizite“. Dieses nicht näher erörterte Modell soll mit wenigen unbedingt nötigen Veränderungen auch als Bezugsgröße deutscher Zukunft dienen. Wie kann man nur, selbst wenn man dem Vergangenheitslob folgte, gerade um der besten Ergebnisse und Einrichtungen der Vergangenheit willen so nahezu modellblind sein?

Vor allem die Art und Weise, wie mit dem Problem verfahren wird, das die Verfasserinnen und Verfasser, „sozialen Zusammenhalt“ nennen, ist enttäuschend und ärgerlich. Nach einem kleinen Absatz (s. S. 149), der Probleme der Dissoziation, der Entgesellschaftung der Als-ob-Gesellschaft nennt, gehen sie unvermittelt zur „Familie“ über, die dann, als befänden wir uns noch im CDU-Staat, zur Säule sozialen Zusammenhalts stilisiert wird – wogegen ich auf den ersten Blick nichts hätte –, ohne die notwendigen Bedingungen dafür, daß „die Familie“ eine solche sie schlechterdings überfordernde Funktion inmitten dissoziativer Strebungen wahrnehmen könnte, auch nur anzudeuten. Das, was darüber dann im Reformprojekt zu lesen ist, ist bei weitem zu wenig. Man wäre fast geneigt, dagegen den von Individualisierungsideologemen, Marke Ulrich Beck, strotzenden sächsisch-bayerischen Zukunftsbericht zu loben. Um der Anpassung an eine freie Unternehmergeinschaft willen, *capitalism as freedom*, wird hier schlicht unterstellt und pseudosoziologisch behauptet, daß sich „der Handlungs- und Gestaltungsrahmen großer Bevölkerungsgruppen im Laufe der zurückliegenden Jahrzehnte objektiv und subjektiv beträchtlich erweitert (habe) und gleichzeitig [oh Wunder der Konvergenz] die Bedeutung von Wissen und Kapital im Wertschöpfungsprozeß stark gestiegen“ sei. Wie erstickt jeder Sarkasmus im Halse, bedenkt man die Wirklichkeitsmächtigkeit solcher Behauptungen und auf ihnen gründender Konzepte. Wie sehr wünschte man, aus der intellektuellen Ecke der

Sozialdemokratie käme qualifiziertes konzeptionelles, und das heißt entsprechend analytisch begründetes Gegenfeuer.

Guter Rat ist teuer...

Die Kluft zwischen Anspruch und Leistung ist uns allen vertraut. Wenn indes, bei solcher Bedeutung der Kommission und ihres Themas, im Kontext von etablierter Politik und Öffentlichkeit besagte Kluft, wohl aus Gründen der Fahrlässigkeit, so groß wird, dann darf Kritik nicht zurückgehalten werden. Was wollen wir Wissenschaftler und hoffentlich auch ein wenig Intellektuelle, die wir privilegiierterweise sein dürfen, was wollen wir denn noch kritisch und konstruktiv zur Gestaltung der in argen Nöten befindlichen Politik beitragen, wenn wir unser analytisch-normativ-konzeptionelles „Erstgeburtsrecht“ so wohlfeil verkaufen? Gewiß, Zeitnöte drängen, Vorgaben engen. Geschenkt auch, daß die meisten Parteien, ganz zu schweigen von regierungsamtlichen Stellen, unfähig sind, sich kritisch beraten zu lassen. Dabei könnten sie doch mit gutem Rat immer noch Schlechtes anfangen. All diese und andere Umstände entheben Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler nicht ihrer, nicht unserer verdammten – wirklichkeitswissenschaftlichen – Pflicht und Schuldigkeit. Wenn ich denn mit dem einzig groß zu nennenden deutschen Sozialwissenschaftler, Max Weber, so pathetisch formulieren darf.